



Veranstaltungs-Tipp

Betriebs- und Personalräte- konferenz in Darmstadt

Fair statt prekär - unter diesem Titel diskutiere ich **am 3. Mai mit Hubertus Heil, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Osman Ulusoy (IGBCE) und Nicole Haferkorn (IGBCE Jugend) zu den Bedingungen „Guter Arbeit“**. Leiharbeit, befristete Verträge, Auswirkungen der Krise, Mindestlöhne - es gibt viele Fragen, die Politik und Betriebe gleichermaßen betreffen. Dazu wollen wir ins Gespräch kommen!

Die **Konferenz findet statt um 16.00 Uhr im Konferenzraum bei Schenck, Landwehrstraße 55 in Darmstadt**. Sie sind herzlich eingeladen!

Brief aus Berlin



www.britte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

13. April 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Kommunalwahlen und der vergangene Sonntag waren für die SPD in Darmstadt und ihren Oberbürgermeister eine deutliche Niederlage. Es ist klar: Dieses Ergebnis geht nicht spurlos an uns vorbei - wir werden es ausführlich analysieren und Konsequenzen ziehen. Das wird aber nicht von heute auf morgen gehen, sondern braucht Zeit. Deshalb ist es richtig, dass die SPD-Stadtverordneten eine handlungsfähige Fraktionsspitze gewählt haben und Hanno Benz den Prozess der Neuaufstellung organisiert. Wir brauchen für die Zukunft klare inhaltliche Positionen und mehr engagierte Parteimitglieder, die sich für Darmstadt einsetzen wollen.

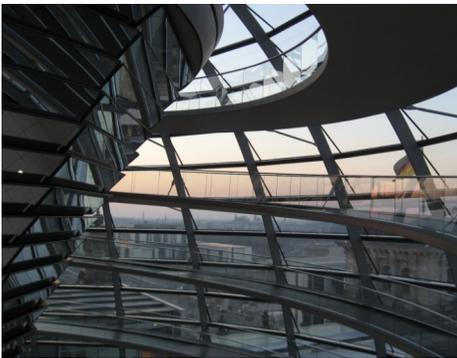
Was mögliche Koalitionsverhandlungen anbelangt, muss gelten: Zuvorderst muss die SPD definieren, was sie in einer Regierung für Darmstadt will und inwieweit sie sich damit von den Grünen abgrenzt. Es muss der Eindruck vermieden werden, als wolle die SPD vor allem (mit) an der Macht bleiben. Nur über klare Inhalte ist dies möglich und den Wählerinnen und Wählern vermittelbar.

In dieser Woche berät der Bundestag zum ersten Mal über eine gesetzliche Regelung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) - ein ethisch höchst schwieriges Thema. Warum ich mich für eine Zulassung der PID in engen Grenzen ausspreche erläutere ich in meinem aktuellen Podcast, den Sie ab morgen unter www.britte-zypries.de finden.

Ich bin die nächsten 14 Tage im Osterurlaub und wünsche Ihnen schöne Feiertage mit ein bisschen Abstand zum Alltagsstress.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer /Ihrer Britte Zypries



Hinweis für Berlin-Besucher

Kuppel wieder offen!

Ab Gründonnerstag (21.) ist die Kuppel des Reichstagsgebäudes wieder für Besucher geöffnet: **Nun kann jeder, der sich mindestens zwei Tage vorher anmeldet, die Kuppel besichtigen** - ganz ohne Anmeldung ist es leider nach wie vor nicht möglich.

Die Kuppel ist täglich von 8 bis 24 Uhr geöffnet. Letzter Einlass ist um 23 Uhr.

Terminanfragen sind ab sofort online unter www.bundestag.de/anfrageformulare möglich. Wer über keinen Internetanschluss verfügt, kann die **Anfrage auch per Fax (030-227-36436) senden**. Zur **Anmeldung** werden Name, Vorname und Geburtsdatum benötigt.

Elterngeld Ade?! Familienministerin scheitert auf der ganzen Linie

Eine Nachricht aus dem Familienministerium überraschte mich Anfang der Woche: **Ministerin Schröder hat die Ausweitung des Elterngelds - eine Forderung aus dem Koalitionsvertrag - auf Eis gelegt: Der Grund dafür: fehlende finanzielle Mittel.**

Eigentlich hatte die Regierung angekündigt, die Vätermonate im Rahmen des Elterngelds von zwei auf vier Monate auszuweiten - eine Forderung, die angesichts der Nachfrage auf Seiten der Väter Sinn macht und die wir immer unterstützt haben. Mittlerweile nehmen fast 24 Prozent der Väter die Möglichkeit der Vätermonate wahr und steigen kurzzeitig aus dem Job aus. **Seit Einführung des Elterngelds ist die Beteiligung der Väter kontinuierlich gestiegen - ein schöner Erfolg!**

Die Entscheidung der Familienministerin ist angesichts dieser positiven Entwicklung um so bedauerlicher und weckt Zweifel, wie ernst es der Regierung mit echter Gleichberechtigung auch bei der Kindererziehung ist. Denn wer Familienpolitik mit dem Ziel gestalten will, Männern auch andere Lebensentwürfe jenseits des Vollzeit-Familienernährers zuzustehen, muss folgerichtig die Weiterentwicklung der Partnermonate ganz oben auf die Tagesordnung setzen. **Eine gleichmäßigere Aufteilung der Elternzeit auf beide Eltern - wie in Skandinavien längst üblich - würde es den vielen aktiven Vätern leichter machen, ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten und durchzusetzen.** So würde es mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit, dass junge Väter und junge Mütter nach der Geburt eines Kindes etwa gleich lang beruflich kürzer treten.

Keine Weiterentwicklung des Elterngelds, Absage an einen Krippengipfel, Rücknahme des angekündigten Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit - Ministerin Schröder wird immer mehr zur Ministerin für Absagen und Stillstand und sie vernachlässigt die Interessen von Familien sträflich. **Gerade vor dem Hintergrund knapper finanzieller Mittel bräuchten Kinder und Eltern jetzt eine streitbare und durchsetzungsstarke Anwältin ihrer Interessen.** Nötig wäre ein Einsatz für mehr und bessere Kitaplätze, für ein Elterngeld, das die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Frauen und Männern weiter stärkt und für gezielte finanzielle Hilfen zur Vermeidung von Kinder- und Familienarmut - doch davon ist nichts zu sehen!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
Jara Schock (S. 2)
[aboutpixel](#)/Sven Bentrup (S. 3)*

Unser Energiekonzept: Sozial gerecht – ökonomisch nachhaltig – ökologisch zukunftsfähig

Wenn man die täglich neuen Ankündigungen der Regierung zum Ausstieg aus der Atomkraft und zu einem „neuen“ Energiekonsens betrachtet, muss man sich doch ab und zu die Augen reiben: **Die Koalition überschlägt sich geradezu mit Forderungen, wie schnell nun endlich aus der Atomkraft ausgestiegen werden müsse.** Fukushima hat tatsächlich selbst in der FDP den Schalter auf erneuerbare Energien umgelegt. Das ist in der Sache natürlich nur zu begrüßen - **aber das Verhalten der Regierung lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit zu. Weder gibt es einen Gesetzentwurf, der eine ordentliche Rechtsgrundlage für das Abschalten der Atomkraftwerke vorsieht, noch führt die Regierung Gespräche mit der Stromwirtschaft.**

Die jetzt angekündigte Energiewende muss von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen werden. In den vergangenen Jahrzehnten ist es nicht gelungen, einen parteiübergreifenden Energiekonsens herzustellen, der auch über Wahltermine hinaus Bestand hatte. Doch gerade für Deutschland als stärkste Industrienation Europas ist es mit Blick auf die notwendige langfristige Investitions- und Versorgungssicherheit wichtig, gemeinsam mit allen Beteiligten eine Verständigung über die Energieversorgung unseres Landes zu erlangen. Dies ist auch für die Sicherung des Wirtschaftswachstums und des Wohlstandes unverzichtbar - das Hin und Her der Regierung verunsichert Verbraucher genauso wie die Wirtschaft. Wir wollen Verlässlichkeit!

Dazu gehört, dass die Vorschläge zu einem zukunftsfähigen Energiekonzept aus der Mitte des Parlaments kommen. Es reicht eben nicht, diese Diskussion in eine sogenannte Ethikkommission zu verlagern. Genau dies greift ein Antrag der SPD-Bundestagsfraktion auf: Wir fordern die Einsetzung eines Sonderausschusses Energiekonsens im Deutschen Bundestag. In diesem Gremium sollen von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag anerkannte Richtlinien einer Energiepolitik erarbeitet werden, die Verbraucher, Wirtschaft und Umwelt im Blick haben - und eben nicht den nächsten Wahltermin.

Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ein umfangreiches Energiekonzept vorgelegt, das die Grundlage der Arbeit des Sonderausschusses sein kann. **Die Regierungsfractionen sind nun am Zug - ich bin gespannt, wie deren Vorschläge aussehen. Mehr zum SPD-Konzept unter www.spdfraktion.de**